

Gemeinderat stellt sich neu auf

Reinach Departemente werden neu definiert – wichtige Dossiers im Schoss von Gemeindepräsident Hintermann

In Reinach unterzieht sich der Gemeinderat einer umfassenden Umstrukturierung: Im Zuge der Reinacher Reform, die der Einwohnerrat Ende August abgesegnet hat, werden Geschäftsfelder und Zuständigkeiten neu definiert. Ziel der Umstrukturierung sei es, bei einem Geschäft Leistung, Wirkung und Kosten zu koppeln. «Das war bisher nicht der Fall», betont Gemeindepräsident Urs Hintermann.

Hoch- und Tiefbau werden aufgelöst

Zur Veranschaulichung des alten Systems führt er den Hochbau aus: Dieser entfalte keine Wirkung nach aussen, sondern diene lediglich als Leistungserbringer für andere Bereiche:

Beim Neubau eines Schulhauses waren bislang mindestens zwei Departemente involviert – Bildung und Hochbau.

Abläufe und Zuständigkeiten sollen nun vereinfacht werden: Hoch- und Tiefbau werden als eigenständige Departemente aufgelöst, deren Inhalt geht in anderen Bereichen wie Bildung, Verkehr, Ver- und Entsorgung auf. Aus ähnlichen Überlegungen wird neu das zentrale Dossier «Stadtentwicklung» geschaffen, das von Gemeindepräsident Urs Hintermann betreut wird: «Will in Reinach ein grosser Investor bauen, so ist es wichtig, dass er von Anfang an denselben Ansprechpartner hat», erklärt der Gemeindepräsident. In seinem Schoss liegen künftig

auch die Gemeindefinanzen, wobei dieser Bereich unter dem nicht zufällig gewählten Namen «Finanzierung» an Bedeutung einbüsst.

Weniger «Hüst und Hott»

«Wichtige Finanzentscheide erfolgen künftig nicht mehr erst im Budget, sondern bereits in der Strategischen Sachplanung.» Dieser kommt im Rahmen der Verwaltungsreform eine entscheidende Bedeutung zu: Für neun Bereiche vereinbaren Gemeinderat und Einwohnerrat Ziele. «Das erhöht die Planungssicherheit», erklärt Hintermann. Besteht nicht die Gefahr, dass sich die Prozesse verselbständigen, die durch diese Sachpläne ausgelöst wer-

den? Der SP-Gemeindepräsident hegt für die Skepsis ein gewisses Verständnis, betont aber: Die Kontrolle durch den Einwohnerrat sei ja gegeben. Umgekehrt werde dieser stärker in die Pflicht genommen: «Er muss seine Entscheide besser begründen. Die Hemmschwelle für eine Hüst- und Hott-Politik ist höher», meint Hintermann.

Die Strategischen Sachpläne werden ab kommendem Jahr erarbeitet. Auch deswegen gilt die neue Ressortstruktur im Gemeinderat ab 1. März 2009. Die Sachpläne sollen 2011 in Kraft treten. Im Parlament hat sich niemand gegen die Reform gestemmt. Das angeschlagene Tempo wurde allerdings als «sportlich» taxiert. (HAJ)